

DeSaFor – Newsletter - Aktuell

November 2022

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,

das Frühjahr in Südafrika ist die Zeit, in der tausende blühender Jacarandabäume die Menschen in ihren Bann ziehen. Das gilt vor allem für den Regierungssitz in Pretoria, das wegen seiner zahlreichen Baumalleen auch „*Jacaranda-City*“ genannt wird. Die „*Union-Buildings*“, Amtssitz des Präsidenten, vermitteln zwischen blauem Himmel und dem lila Blütenmeer in der Sonne eine besondere Strahlkraft, die Einheimische und Touristen gleichermaßen fasziniert.



In dieser Zeit legt der Finanzminister Südafrikas dem Parlament in Kapstadt – ebenfalls umrahmt vom Jacaranda-Blütenzauber – seine Zwischenbilanz zum Staatshaushalt vor, der – anders als in Deutschland – jeweils für das Haushaltsjahr vom 1. März bis zum 28. Februar des Folgejahres aufgestellt wird. Ein Routine-termin zu einer angenehmen Zeit am Kap, bei dem die Politik-Prominenz eine Art Schaulaufen veranstaltet, selbst in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten.

Doch hinter den Kulissen der Union Buildings und der vom Parlament nach der Zerstörung des eigentlichen Parlamentsgebäudes durch ein Feuer genutzten *Chamber of Good Hope* wachsen Nervosität und Unsicherheit. Es sind nur noch wenige Wochen bis zum Nationalkongress des ANC im Dezember. In diesem Jahr steht der ANC nach der denkwürdigen Ablösung Thabo Mbekis durch Jacob Zuma im Jahr 2007 erneut vor einer Zerreißprobe. *Cyril Ramaphosa*, dessen erste Amtszeit im März 2024 zu Ende geht, kann bislang nicht sicher sein, dass der ANC ihn erneut zum Parteivorsitzenden wählt und damit auch seine Kandidatur für die zweite Amtszeit als Staatspräsident bestätigt.

Viele Beobachter haben in den vergangenen Monaten die Leistungsbilanz des amtierenden Präsidenten sehr kritisch, zum Teil sogar vernichtend bewertet. Die Hoffnungen, dass es ihm, dem erfahrenen Politikprofi und erfolgreichen Unternehmer gelingen könnte, wesentliche Schäden, die sein Vorgänger in der Politik, der Verwaltung, der Wirtschaft und der Gesellschaft durch Korruption und Vetternwirtschaft verursacht hatte, zu reparieren und das Land wieder auf einen Pfad des wirtschaftlichen Wachstums und des gesellschaftlichen Friedens zurückzuführen, sind enttäuscht worden.

Und so ist es wohl für *Ramaphosa* ein besonders wichtiger Zeitpunkt, noch gerade rechtzeitig vor dem Jahreskongress dem Parlament und der Öffentlichkeit die Antwort seiner Regierung – oder besser: seine Antwort als amtierender Präsident – auf die seit Juni dieses Jahres vorliegenden vollständigen Berichte der „*Judicial Commission of Inquiries into State Capture*“ *Commission of Inquiry*“, der so genannten „Zondo-Kommission“, vorzustellen.

In diesem „*DeSaFor-Newsletter – Aktuell*“ stellen wir Ihnen als kommentierte Hintergrundinformationen die beiden aktuell wichtigsten politischen Statements der amtierenden Regierung Südafrikas – die Antwort der Regierung auf die Empfehlungen der Zondo-Kommission und das *Medium Term Budget Policy Statement* des Finanzministers vor. Die Dokumente finden Sie [hier](#). Im Dezember werden wir uns dann im regulären Newsletter mit dem Ausgang des ANC-Kongresses und den daraus abzuleitenden Entwicklungen befassen.

Herzlich Ihr

Klaus Brückner

Geschäftsführer von DeSaFor



In dieser Ausgabe:

„Höchste Zeit...“

Die Antwort von Staatspräsident Cyril Ramaphosa und seiner Regierung auf den Untersuchungsbericht der „Zondo-Kommission“

„Wenig Spielraum...“

Die Zwischenbilanz von Finanzminister Enoch Godongwana zur Mitte des Haushaltsjahres 2022/2023

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor

c/o K. Brückner

Ringstraße 101b

12203 Berlin

Höchste Zeit....

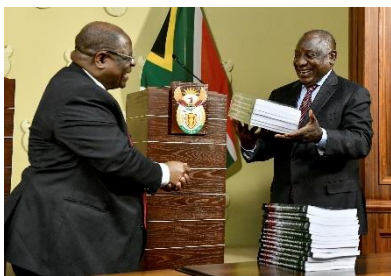
Ramaphosas Antwort auf den Bericht der Zondo-Kommission

2016 hatte *Advocat Thuli Madonsela* als *Public Protector* entsprechend ihrem Verfassungsauftrag der Regierung einen Bericht über gehäufte Fälle des Macht- oder Ämtermissbrauchs, der Korruption und Unterschlagung staatlicher Gelder vorgelegt und Maßnahmen zur Abhilfe vorgeschlagen. Der damalige Präsident Jacob Zuma versuchte die Veröffentlichung – aus heute bekannten Gründen – zu verhindern, wurde aber vom südafrikanischen *High Court*, Pretoria, verpflichtet, den Hinweisen nachzugehen.

Mit der Einrichtung der 15köpfigen „*Judicial Commission of Inquiries into State Capture*“ wurde ab Januar 2018 eine Untersuchung unter Leitung des ehemaligen Stellvertretenden Obersten Richters Raymond Zondo (inzwischen Oberster Richter Südafrikas) in Gang gesetzt. Die Kommission hat ihren umfangreichen Bericht über die vierjährige und außerordentlich aufwändige Untersuchung zwischen Februar und Juni dieses Jahres in sechs Teilen dem Präsidenten übergeben (s. auch *Newsletter Juli 2022* [hier](#) und die *Gesamtdokumentation des Berichtes auf unserer Website* [hier](#)).

Der Präsident hatte zu nächst die Antwort seiner Regierung noch für die Mitte des Jahres in Aussicht gestellt. Ver-

zögerungen bei der Auslieferung der letzten Berichtsteile und eine offenkundig schwierige Auseinandersetzung mit den zahlreichen Empfehlungen der Kommission innerhalb des Kabinetts führten dazu, dass sich das Parlament und die Öffentlichkeit bis Ende Oktober gedulden mussten. Nun hat *Cyril Ramaphosa* aber geliefert:



Am 27. Oktober 2022 hat er dem Parlament und 30 Adressaten aus Politik, Verwaltung und (staatseigenen) Unternehmen die Antwort der Regierung übermittelt und sie der breiten Öffentlichkeit erläutert. Die Texte finden Sie ([hier](#)).

Ein stauender Präsident

Ramaphosa verweist die nach einer Vielzahl von Zeugenbefragungen durch die Kommission minutiös aufgedeckten Fälle der Staatsvereinnahmung durch kriminelle Elemente in eine Welt des „*eigentlich Unvorstellbaren*“.

„Das Staunen ist die Saat,
aus der Wissen wächst.“
Aristoteles, 300 v. Chr.

sich seit Erlangung der demokratischen Freiheit im Jahr 1994 in Politik und staatlicher Verwaltung „ein Netzwerk krimineller Absichten“ entwickeln könne. Ebenso unvorstellbar sei es gewesen, dass wenige Menschen riesige Mengen Gelder plündern, staatliche Institutionen schwächen bzw. zerstören und die Leistungsfähigkeit des Staates untergraben könnten.

Die ans Tageslicht gebrachte Korruption sei ein Verbrechen gegen das südafrikanische Volk und hauptsächlich für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Probleme des Landes. Das zusammengebrochene Eisenbahnsystem, der immer häufigere Ausfall von Kraftwerken und der Stromversorgung für die Industrie und die Menschen, der Niedergang der stolzen *South African Airways* oder die Unfähigkeit staatlicher Institutionen, notwendige Dienstleistungen für die Bürger*innen zu erbringen und ihre Sicherheit zu gewährleisten, seien nur einige Beispiele für die dramatischen und nachhaltig wirkenden Folgen dieses Staatsmissbrauchs.

Seine Regierung, so der Präsident, habe seit Amtsantritt im Jahr 2018 bereits vieles

getan, um die Ausbeutung des Staates durch kriminelle Elemente ein für alle Mal zu beenden. Es gelte nun, die Auswirkungen einer Dekade der Ausbeutung des Staates auf Politik, Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die Infrastruktur, die privaten und staatseigenen Unternehmen sowie auf das Sozialsystem und den gesellschaftlichen Frieden unter noch schwierigeren globalen Rahmenbedingungen zu überwinden und das Vertrauen der Menschen in den Staat wieder zu gewinnen.

Es ist *Cyril Ramaphosa* durchaus abzunehmen, dass er sich darum bemüht aufzuräumen, wiederherzustellen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes auch unter zusätzlich schwierigeren globalen Rahmenbedingungen voranzubringen. Und ja, es ist nach vier Jahren im Amt nun (aller)höchste Zeit für ihn, im Wettbewerb mit anderen Kandidat*innen für Parteivorsitz und Präsidentschaftskandidatur die lange vermisste Handlungsbereitschaft und -fähigkeit zu demonstrieren.

Es gehört aber auch zu einer aufrichtigen politischen Einordnung, dass *Ramaphosa* als „*altgedienter*“ *Comrade* und langjähriger Generalsekretär ein wichtiger Insider im ANC-Netzwerk ist. Mit seinem außerordentlich erfolgreichen Ausflug in die Privatwirtschaft ab 1996, der ihn zu einem der reichsten Südafrikaner machte, hat er zudem Erfahrungen in der Wirtschaft sammeln und spätestens seit seiner Rückkehr in die Politik ab 2014 als Vizepräsident an der Seite Zumas bis 2018 wohl auch tiefe Einblicke in die Strukturen der staatlichen Verwaltung und staatseigener Unternehmen gewinnen können.

Sein Verweis auf eine „Welt des Unvorstellbaren“ erscheint insofern wenig überzeugend. Darüber hinaus belastet ihn die noch ausstehende Aufklärung der Hintergründe und Folgen eines Diebstahls einer größeren Menge von Bargeld bzw. Devisen, die aus den Möbelpolstern auf seiner Wildtier-Farm *Phala-Phala* entwendet wurden (vgl. *Newsletter Juli 2022* [hier](#)).

Was nun, Präsident Ramaphosa?

Der ZONDO-Bericht, so *Cyril Ramaphosa*, lasse keinen Zweifel daran, dass es in Südafrika zur Vereinnahmung des Staates gekommen sei. Der Handlungsbedarf sei mit den mehr als 350 Empfehlungen beschrieben. Jedoch seien diese für den Präsidenten nicht bindend und es müsse differenziert werden, welche Empfehlungen ganz oder nur teilweise umgesetzt bzw. aus guten Gründen nicht aufgegriffen würden. Zudem gebe es erste konkrete Erfolge. So habe die nationale Anklagebehörde (*NPA – National Prosecution Agency*) bereits 26 Fälle aufgenommen, 89 Ermittlungen eingeleitet und 165 Anklagen wegen mutmaßlicher Straftaten erhoben.

Die Strafverfolgungs- und Steuerbehörden hätten überdies Anordnungen zur Sicherstellung bzw. Beschlagnahmung von Vermögen im Wert von R 12,9 Mrd. erlassen, R 2,9 Mrd. eingezogen und den geschädigten Einrichtungen erstattet sowie R 4,9 Mrd. hinterzogener Steuern eingetrieben. Zudem habe das personell aufgestockte *Financial Intelligence Center* zusätzlich zu den Feststellungen der ZONDO-Kommission 595 Personen und 1044 Unternehmen identifiziert, denen eine Verstrickung in den Missbrauch staatlicher Mittel vorgeworfen werde.

Auf die spektakulären Verhaftungen von zwei der drei wegen ihrer besonderen Rolle während Zumas Präsidentschaft per internationalem Haftbefehl gesuchten Gupta-Brüder in den Vereinigten Arabischen Emiraten im Juni 2022 oder die just am Tag seiner Rede bekanntgewordene Verhaftung des ehemaligen ESKOM-Managers *Matshela Koko* und weiterer 6 Personen ging *Ramaphosa* in diesem Zusammenhang nicht ein.

Die Antwort der Regierung

Die 74seitige Antwort des Kabinetts auf die Empfehlungen der ZONDO-Kommission

Die ZONDO-Kommission hat der Regierung mehr als 350 Empfehlungen gegeben, davon

202 zu strafrechtlichen oder sonstigen Ermittlungen,
27 für die Einziehung von Vermögenswerten,
26 Verweisungen an andere staatliche Stellen bzw. an Berufsverbände und Aufsichtsbehörden
5 zu Verfassungsänderungen
26 zu Gesetzesänderungen
64 zu Änderungen von Verfahren und Regeln

liegen nun dem Parlament zur Beratung vor. Zudem hat die Regierung bereits einige konkrete Umsetzungsschritte beschrieben (vgl. Beispiele nächste Seite). Zu drei wesentlichen Empfehlungen hat sich der Präsident aber bereits zurückhaltend geäußert:

1. Untersuchungskommission für die Passenger Rail Agency South Africa

Dazu verweist der Präsident auf laufende Ermittlungen gegen die PRASA, bei der die Missstände in der Unternehmensführung und der Verwaltung untersucht würden.

2. Prüfung weitreichender Reformen des Wahlsystems

Die Empfehlung der Kommission zur Direktwahl der/des Präsident*in (bislang indirekte Wahl durch Parlament) und Einführung von Wahlkreisen und eines proportional/repräsentativen Wahlsystems von Mandatsträger*innen soll wegen der dazu erforderlichen Verfassungsänderungen von den Parteien und unter breiter gesellschaftlicher Beteiligung entschieden werden.

3. Rechenschaft der Exekutive vor dem Parlament

Die Frage einer wirksameren Aufsichts- und Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Exekutive sollten mit Blick auf die Gewaltenteilung vom Parlament beantwortet bzw. hinsichtlich der Schnitt-

stellen zwischen dem Parlament und der Regierung vereinbart werden.

Umsetzung der Maßnahmen

Für die Umsetzung der Maßnahmen sieht der Präsident das Kabinett in der Hauptverantwortung. Er verweist aber zugleich auf die parlamentarische Verantwortung sowie auf die Einbeziehung der gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, in die Verwirklichung der Maßnahmen zur erfolgreichen Beendigung der Staatsvereinnahmung und der Korruption.

Das vom Präsidenten im Juni berufene 9köpfige *National Anti-Corruption Advisory Council* (NACAC) - s. Newsletter Sept. 2022 ([hier](#)) - soll dabei strategische und systemische Beratung leisten.



Zudem hat *Ramaphosa* im Präsidentialamt ein Programmmanagementbüro eingerichtet, das die Umsetzung des Reaktionsplans koordinieren und gemeinsam mit einem Lenkungsausschuss dem Kabinett vierteljährliche Statusberichte vorlegt, über die auch die Öffentlichkeit informiert werden soll.

Zu den in der Antwort der Regierung beschriebenen Maßnahmen gehören folgende ausgewählte Beispiele:

Machtmissbrauch und politische Verfehlungen als neue Straftatbestände

Die Schaffung gesetzlicher Straftatbestände für den Missbrauch öffentlicher Macht und Ämter und für politisches oder verfassungsrechtliches Fehlverhalten wird bis Dezember 2023 geprüft.

Bekämpfung der Korruption

Die Einrichtungen einer unabhängigen Agentur für die Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Auftragswesen (PPACA) und einer ständigen Antikorruptionskommission sollen im Zusammenhang mit der laufenden Neugestaltung der südafrikanischen Antikorruptionsarchitektur durch den Nationalen Antikorruptionsbeirat (NACAC) und das Justizministerium, vorgesehen werden.

Zudem wird eine ständige Ermittlungsdirektion innerhalb der National Prosecution Agency (NPA) geschaffen.

Das Verfahren für die Auswahl und Ernennung des National Director of Public Prosecutions (NDPP) wird transparenter und konsultativer geregelt.

Schutz und Anreize für ‚Whistleblower‘

Die ZONDO-Kommission empfiehlt die

- Sicherstellung des Schutzes von Hinweisgebern gemäß Abschnitt 32(2) der UN-Konvention gegen Korruption;
- Möglichkeit, dem Whistleblower einen Teil der wiedergefundenen Gelder zuzusprechen, sofern die Informationen zur Sicherstellung der Gelder geführt haben;
- Immunität von Hinweisgebern vor straf- oder zivilrechtlichen Maßnahmen, die sich aus ehrlichen Enthüllungen ergeben.

Die Berücksichtigung der Empfehlungen im „Gesetz über geschützte Offenlegungen“ und im „Zeugenschutzgesetz“ soll vom Justizministerium in Konsultationen mit dem Nationalen Beratungsgremium für Korruptionsbekämpfung bis April 2023 geprüft werden.

Stabilisierung staatlicher Unternehmen

Zur Verhinderung willkürlicher und intransparenter Ernennungen und Abberufungen von Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten in staatlichen Unternehmen soll ein nicht manipulierbares Verfahren für die Ernennung von Vorständen staatlicher Unternehmen entwickelt werden, in das unabhängige Gremien mit entsprechendem Fachwissen einbezogen werden, die der zuständigen Exekutivbehörde geeignete Kandidaten empfehlen.

Im Einklang mit den Praktiken der guten Regierungsführung darf kein Vorstandsmitglied über eine Aufsichtsfunktion hinaus operativ an Beschaffungsprozessen beteiligt sein. Ministern ist es untersagt, eine Rolle bei der Beschaffung innerhalb staatlicher Unternehmen zu spielen.

Reformen der Auftragsvergabe

Ein vorliegender Gesetzentwurf zur Reform des öffentlichen Beschaffungswesens berücksichtigt bereits Empfehlungen der Kommission: ein Verhaltenskodex mit ethischen Standards für die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen, der Schutz von Rechnungsführern und Behörden vor straf- und zivilrechtlicher Haftung für gutgläubiges und nicht fahrlässiges Handeln, die Harmonisierung der Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen, Transparenzstandards, und die Einrichtung einer Berufsorganisation für Beamte im öffentlichen Beschaffungswesen.

Professionelle öffentliche Verwaltung

Am 19. Oktober 2022 hat das Kabinett in einem Nationalen Rahmen für die Umsetzung der Professionalisierung des öffentlichen Sektors konkrete Regeln zur Stabilisierung der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung, zur Gewährleistung einer leistungsorientierten Einstellung und Auswahl sowie eines wirksameren Folgenmanagements festgelegt, die nun in die Rechtsvorschriften des öffentlichen Sektors eingearbeitet werden sollen.

Zudem werden die relevanten Abschnitte des Ministerhandbuchs insbesondere zu Privilegien neu formuliert und ein Verhaltenskodex für Sonderberater entwickelt.

Lebensführung von Amtsträgern

Ein externer Dienstleister wird beauftragt, die Lebensführung von Mitgliedern der nationalen Exekutive zu überprüfen. Die Ergebnisse werden vom Staatssekretär im Präsidialamt geprüft und überwacht.

Implementierung der Maßnahmen – The South African way to do it?

Das alles klingt zunächst plausibel und nach einem klaren Willen, richtige und wirkungsvolle Maßnahmen einzuleiten. Wer die Ankündigungen genauer studiert, erkennt jedoch ein bekanntes Muster: Der politische Wille wird klar artikuliert, die Vorgaben für die Umsetzung bleiben vage und bestehen überwiegend in langfristigen Prüf- und Untersuchungsaufträgen. Oder es wird auf bereits eingeleitete Maßnahmen verwiesen, die allenfalls modifiziert, aber nicht zwingend noch einmal grundsätzlich auf den Prüfstand gestellt werden, ob sie auch tatsächlich den von der Kommission empfohlenen Maßnahmen oder Wirkungen gerecht werden.

Es kann – wieder einmal – nur gehofft werden, dass „the political will“, von dem manche Südafrikaner behaupten, dass es sich um „ein scheues Tier handelt, das sich gern ins Dickicht zurückzieht“, die zwar aufwändige, aber im Ergebnis beachtliche Untersuchung der ZONDO-Kommission rechtfertigt.

Und man muss hoffen, dass die höchst ehrenwerte Grundidee einer robusten und nachhaltigen Ausrottung der Kultur von Macht- und Amtsmissbrauch sowie von Korruption und Vetternwirtschaft in Politik und Verwaltung die anstehenden Wahlen in Parteien und Staat überlebt.

Wenig Spielraum... Die Halbzeitbilanz des Finanzministers

Nein, es ist sicher kein Vergnügen, Finanzminister in Südafrika zu sein. *Enoch Godongwana* ist erst seit knapp 15 Monaten im Amt und er ist ein Realist. Seine routinemäßige Vorstellung einer Halbzeitbilanz zum Staatshaushalt des Fiskaljahres 2022/2023 Ende Oktober - das *Medium Term Budget Policy Statement* [hier](#) - forderte eine gute Portion Tapferkeit.



Dabei konnte er den Parlamentariern zunächst eine durchaus gute Nachricht überbringen: Der Staatshaushalt sieht ausreichende Mittel für den zeitweiligen parlamentarischen Betrieb in der „*Chamber of Good Hope*“ in Kapstadt vor. Und auch die Mittel für den Wiederaufbau des durch ein verheerendes Feuer fast völlig zerstörten Parlamentsgebäudes sind budgetiert.

Aber die wirtschaftlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen, so *Godongwana*, haben sich seit der Aufstellung des aktuellen Haushalts im Februar 2022 dramatisch verschlechtert. Das gelte global aufgrund der weltweit hohen Inflationsraten, Störungen in den Lieferketten und nicht zuletzt die Auswirkungen des Krieges zwischen Russland und der Ukraine. Aber auch national erforderten die massiven Schäden nach den dramatischen Überschwemmungen zu Jahresbeginn vor allem am Ostkap und in Kwa Zulu Natal aufgrund der maroden Infrastruktur erhebliche Investitionen in den Wiederaufbau.

Und aus der Sicht des Beobachters kann hinzugefügt werden, dass die wachsende Verschuldung der Staatsbetriebe,

insbesondere des „*too big to fail*“-Monopolisten ESKOM, sowie die Ankündigungen aus Kreisen des ANC, beim Nationalen Kongress im Dezember eine Grundeinkommensbeihilfe (*Basic Income Grant* – BIC) in Höhe von ca. 1.200 Rand zu beschließen, auch einen „tapferen“ Finanzminister durchaus entmutigen könnten. Gerade zu dieser politischen Ankündigung macht das langjährige Mitglied des National Executive Committee mehr als deutlich, dass nur umgesetzt werden könne, was auch finanzierbar sei. Er bleibe zunächst dabei, die Zahlung von 320 Rand / Monat für die besonders Bedürftigen bis zum März 2024 zu verlängern.

Die wirtschaftliche Entwicklung

Godongwana verwies auf Nelson Mandelas Aussage, dass „die Demokratie nur von kurzer Dauer sein wird, wenn die sozioökonomischen Probleme nicht im Rahmen einer expandierenden Wirtschaft gelöst werden“. Das sei nach wie vor die größte ungelöste Herausforderung des Landes: Seit vielen Jahren erbringe die südafrikanische Wirtschaft nicht die gewünschte und notwendige Leistung, um Arbeitslosigkeit (*Anmerkung des Autors: offiziell 34 %, nach erweiterter Definition 44 %, Jugendarbeitslosigkeit rd. 69 %*) Armut und Ungleichheit zu überwinden.

Die Gründe liegen in den seit langem bestehenden und selbstverantworteten strukturellen Hemmnissen wie extrem unsichere Energieversorgung, ineffiziente und zum Teil marode Transportinfrastruktur, Kriminalität, Korruption, aber auch in schwachen staatlichen Kapazitäten und in wachstums- und gründerfeindlichen Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft. Äußere Einflüsse wie die Covid-Pandemie, die weltweite Konjunkturabschwächung und Naturkatastrophen verstärken die

Probleme einer ohnehin verwundbaren Volkswirtschaft. Und die gegenwärtigen und mittelfristig absehbaren Entwicklungen geben keinen Anlass zur Hoffnung auf baldige Besserung.

Dennoch: *Godongwana* wäre nicht am richtigen Platz, wenn er in der wachsenden Krise nicht auch Zeichen der Hoffnung sehen würde. Allerdings mahnt er zur beson-

Economic growth in selected countries

Region/country	2020	2021	2022	2023	2024
Percentage	Actual			Forecast	
World	-3.0	6.0	3.2	2.7	3.2
Advanced economies	-4.4	5.2	2.4	1.1	1.6
United States	-3.4	5.7	1.6	1.0	1.2
Euro area	-6.1	5.2	3.1	0.5	1.8
United Kingdom	-9.3	7.4	3.6	0.3	0.6
Japan	-4.6	1.7	1.7	1.6	1.3
Emerging and developing countries	-1.9	6.6	3.7	3.7	4.3
China	2.2	8.1	3.2	4.4	4.5
India	-6.6	8.7	6.8	6.1	6.8
Brazil	-3.9	4.6	2.8	1.0	1.9
Russia	-2.7	4.7	-3.4	-2.3	1.5
Sub-Saharan Africa	-1.6	4.7	3.6	3.7	4.1
Nigeria	-1.8	3.6	3.2	3.0	2.9
South Africa ¹	-6.3	4.9	1.9	1.4	1.7
World trade volumes	-7.8	10.1	4.3	2.5	3.7

deren Vorsicht und fährt eine Fiskalpolitik, die mit soliden Puffern die Chance vergrößert, kommende Stürme zu überstehen.

Während die globale Wachstumsprognose des IWF für 2022 von 4,4 auf 3,2 % und für 2023 von 3,8 auf 2,7 % abgesenkt wurde, erwartet er für Südafrika eine moderate Absenkung des realen BIP von im Februar geschätzten 2,1 % auf jetzt 1,9 % für 2022. Das durchschnittliche Wachstum könne in den kommenden Jahren 1,6 % betragen - viel zu wenig, auch für nur bescheidene Entwicklungsziele des Landes am Kap.

Das Wachstumskonzept der Regierung sieht Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, eine fördernde Industriepolitik und Maßnahmen zur Stärkung staatlicher Kapazitäten vor insbesondere im Bereich der Investitionen in die Verbesserung der für wirtschaftliches Wachstum wichtigen Infrastruktur – Energie, Logistik – insbesondere Häfen, Eisenbahnen, Straßen und Brücken, Telekommunikation, Wasserver- und Abwasserentsorgung.

Lt. *Godongwana* sind die öffentlichen und privaten Investitionen in Infrastruktur zwischen 2016 und 2020 um durchschnittlich

4,4 % jährlich gesunken. Während die Zurückhaltung bei der Privatwirtschaft mit politischer Unsicherheit und Bürokratie begründet wird, liegen die Gründe bei den staatlichen Investitionen in der Ineffizienz der staatseigenen Unternehmen.

Der Finanzminister stellt für den Bau neuer und die Sanierung bestehender Infrastruktur die am schnellsten wachsende Budgetposition mit einer Erhöhung von derzeit R 66,7 Mrd. auf R 112,5 Mrd. in Aussicht. Die gleichzeitige Stärkung staatlicher Kapazitäten soll dafür sorgen, dass die chronische Nichtausschöpfung des Infrastrukturbudgets durch die implementierenden Institutionen überwunden wird.

Das bei der COP 26 in Edinburgh 2021 von sechs Partnerstaaten (u.a. USA, EU, GB und D) angekündigte milliarden schwere „Just Energy Transformation Programme (JETP)“ erwähnt *Godongwana* in diesem Zusammenhang nur kurz. Offenkundig bedarf die Umsetzung noch einer längeren Vorbereitung.

Finanzpolitik

Überraschend: Mehr Einnahmen

Revised revenue projections				
R billion	2022/23	2023/24	2024/25	2025/26
2022 Budget	1 598.4	1 694.3	1 807.6	
Buoyancy	1.09	1.06	1.06	
Revised estimates	1 681.9	1 788.9	1 907.3	2 036.5
Buoyancy	1.30	1.03	1.00	1.06
Change since 2022 Budget	83.5	94.6	99.7	

Source: National Treasury

Einen – wenn vermutlich auch nicht dauerhaften – Silberstreifen am Horizont der Finanzplanung konnte *Godongwana* mit gestiegenen Körperschaftsteuereinnahmen aufgrund der Rohstoffpreisentwicklung im Umfang von rd 83,5 Mrd vermehren - ein Polster, das ihm zumindest gegenwärtig erlaubt, den Kurs der Haushaltskonsolidierung weiter zu verfolgen. Dabei erweist sich der Ökonom *Godongwana* einmal mehr als Politprofi, wenn er die zusätzlichen Spielräume sowie notwendige Umschichtungen inmitten des Haushaltsjahrs

mit Kompromisslinien gegenüber allen Forderungen in einer Weise einsetzt, die zwar nicht kritiklos hingenommen wird, aber durchaus als geschickt gewählte „trade offs“ zwischen Wünschenswertem und Notwendigem Anerkennung findet.

Schuldenschnitt statt „harter Liebe“

So korrigiert er den in seiner Budgetrede im Februar noch angekündigten Kurs der „harten Liebe“ („erst fordern, dann fördern“) des Staates als Eigentümer der Ener-



giemonopolisten ESKOM.

Er kündigt einen Schuldenschnitt an, der den Staatskonzern auf einen Schlag von Schulden bis zu R 400 Mrd. zulasten des Staates befreien soll. Die Details sollen bis zum Frühjahr 2023 feststehen. ESKOM als unstrittig „systemrelevantes“ Unternehmen soll so befähigt werden, die Energieproduktion zu stabilisieren und den Netz-

ausbau auch für die Wettbewerber auf dem inzwischen geöffneten Markt voran zu bringen.

Auch andere Staatsbetriebe erhalten Zuschüsse: Transnet (Eisenbahn) R 5,8 Mrd. Rand und DENEL (Rüstung) R 3,4 Mrd. R. Die Zuschüsse sollen allerdings künftig an Bedingungen geknüpft werden und bei deren Nichterfüllung verweigert werden.

Das gilt auch für das Straßenbau-Unternehmen SANRAL, die als e-Maut-Agentur erhebliche Schulden angesammelt hat und ihre Aufgaben nicht mehr finanzieren kann. Sie erhält einen Zuschuss von R 23,7 Mrd. für dringliche Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen im Straßennetz.

Die Provinzregierung Gauteng (mit 30 % Beteiligung) und das Finanzministerium (mit 70%-Beteiligung) werden die Schulden von SANRAL übernehmen.

Risiken des nun vorgestellten modifizierten Budgets gibt es wohl auch bei den Löhnen und Gehältern des öffentlichen Dienstes. Die Festlegung des Finanzministers auf eine lineare Erhöhung um 3 % wird von den Gewerkschaften strikt abgelehnt – ein Arbeitskampf ist vorprogrammiert.

Staatsverschuldung

Seit fast 15 Jahren weist die südafrikanische Regierung immer höhere Defizite aus. Die Staatsverschuldung beträgt aktuell voraussichtlich mehr als R4,7 Billionen verglichen mit R627 Milliarden im Jahr 2008/09. Die mittelfristig anfallenden Kreditzinsen belaufen sich auf durchschnittlich R 355,2 Mrd. pro Jahr. Dennoch: Der Finanzminister will an seinem Kurs der Haushaltskonsolidierung und der Reduzierung jährlicher Defizite festhalten. Das konsolidierte Haushaltsdefizit für das laufende Haushaltsjahr prognostiziert er mit 4,9 Prozent des BIP und strebt eine Senkung bis 2025/26 auf 3,2 % des BIP an. Zudem erwartet er für 2023/24 – ca. ein Jahr früher als bisher - einen primären Haushaltsüberschuss von 0,7 % des BIP. Vor diesem Hintergrund sei zu erwarten, dass sich die Gesamtverschuldung 2022/23 bei 71,4 % des BIP stabilisieren wird - zwei Jahre früher und niedriger als bisher projiziert.

Dies, so *Godongwana*, mache ihn zuversichtlich, dass er für das Haushaltsjahr 2023/24 keine Haushaltskürzungen vornehmen müsse und die konsolidierten Staatsausgaben des laufenden Jahres mit ca. R2,2 Billionen bis 2025/26 auf R2,5 Billionen ansteigen können.

Auch hier gilt: Es klingt plausibel, allein es fehlt ein wenig die Zuversicht, dass die tatsächliche Entwicklung die gut klingenden Absichten Realität werden lässt.

Klaus Brückner